



Meilensteine

Bildung – ein Herzensanliegen

Landesrat Otto Saurer zieht Bilanz

Landesrat Otto Saurer ist seit 25 Jahren Landtagsabgeordneter und ebenso lange Landesrat. Die letzten fünf Jahre war er als Bildungslandesrat zuständig für die Kindergärten und Schulen der deutschen Sprachgruppe, für die deutsche und ladinische Berufsbildung, Bildungsförderung, Universität und Forschung. Im INFO hält er noch einmal Rückschau auf die vergangenen Jahre und gibt an, was von seiner Bildungspolitik in den nächsten Jahren Bestand haben sollte.

Als Bildungslandesrat war es mir stets ein besonderes Anliegen, für den gesamten Bildungsbereich ein Leitbild zu erarbeiten. Unter dem Motto „Bildung Zukunft Südtirol“ wollten wir die zukünftige Ausrichtung der Bildungspolitik und Bildungsarbeit und ihre Grundsätze abstecken, an denen sich die Arbeit in den autonomen Schulen, in der Berufsbildung, in der Weiterbildung, in der höheren Ausbildung, in Wissenschaft und Forschung so-

wie in der Bildungsförderung ausrichten sollte. Derzeit sind wir dabei, das Leitbild in wesentlichen Bereichen umzusetzen: vor allem in den Teilbereichen der Durchlässigkeit, der Bildungsangebote und Bildungslandschaft, der Familie, der sprachlichen Bildung und der Migration.

Mit dem „Bildungsland Südtirol“ wurde ein Forum für eine möglichst breite Bildungsinformation geschaffen und über die Bildungsmesse Futurum 2007 eine wichtige Orientierungsmaßnahme für die gesamte Bevölkerung über das breite Bildungsangebot im Lande.

Schulreformgesetz – Bildungsziele für alle

Das Schulreformgesetz Nr. 5/2008 ist über Jahre sehr kontrovers diskutiert worden und ist das Ergebnis einer vierjährigen Erprobungsphase von wichtigen pädagogisch-didaktischen Grundsätzen und Maßnahmen wie der Individualisierung und Personalisierung

des Unterrichtes, der Lernberatung und Dokumentation der Lernfortschritte. Wir haben an die bisherigen Entwicklungen in den deutschsprachigen Schulen angeknüpft. Obwohl sie in der europäischen Gesamtentwicklung gut aufgestellt sind, was auch internationale Studien wie PISA und die Berufsweltmeisterschaften beweisen, sind dennoch in guten Zeiten die weiteren Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir haben uns dabei an erfolgreichen europäischen und internationalen Schulmodellen orientiert und von den gesamtstaatlichen Reformen das übernommen, was für uns pädagogisch haltbar war und den besonderen Bedürfnissen Südtirols standhielt.

Die Schülerinnen und Schüler werden noch stärker in den Mittelpunkt des Bildungssystems gestellt. Das Recht aller Kinder auf Zugang zu allen Bildungsstufen und auf gleiche Bildungschancen ist festgelegt worden.

Die Bereiche des Kindergartens sind neu geregelt und der Kindergarten als Teil des Bildungswesens – eine für mich ganz wesentliche Maßnahme – gesetzlich verankert worden. Bildung beginnt für mich bereits im Kleinkindalter und reicht ganz im Sinne des lebenslangen Lernens bis ins hohe Alter. Deshalb wird zu überlegen sein, ob in Zukunft nicht auch die Kindertagesstätten Teil des Bildungssystems werden sollen. Ich habe auf jeden Fall dafür gesorgt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten eine gediegene pädagogische Ausbildung bekommen.

Eine längst fällige Reform der Oberschule

Bedauerlicherweise hat die Regierung Prodi die Reform der Oberschule und der Lehrerausbildung ausgesetzt. Die Reform des Titels V der Verfassung und die Moratti-Reform haben jedenfalls den Weg aufgezeigt.

Eine abteilungsübergreifende technische Arbeitsgruppe hat sich in mehreren Sitzungen mit der Erhebung der Ist-Situation und mit der Ausarbeitung möglicher Szenarien für die Gestaltung der Bildungslandschaft Südtirols im Oberschul- und Berufsschulbereich auseinandergesetzt. Diese Arbeit sollte zugleich die Grundlage für den I. Südtiroler Bildungsbericht sein.

Eine weitere Arbeitsgruppe hat 2006 ihre Beratungen zum Thema „Lernen in der Oberschule“ aufgenommen, um unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen und der heute sichtbaren Herausforderungen die besonderen Aspekte des Lernens in der Oberschule herauszuarbeiten, Anregungen aus der internationalen Diskussion zum Thema aufzugreifen und die manchmal lose nebeneinander verlaufenden Fäden der Weiterentwicklung in der Oberschule zu verknüpfen.

Berufsbildung – keine Sackgasse mehr

Die Lissaboner Erklärung plädiert für offene Bildungssysteme. Die so genannte „Berufsmatura“ (staatliche Abschlussprüfung innerhalb des Berufsbildungssystems) will diesen Grundsatz der Durchlässigkeit von Bildungswegen einlösen und talentierten und motivierten Berufsschulabsolventinnen und -absolventen alle Chancen auf höhere Bildung eröffnen.

Das Sammelgesetz zur Bildung (LG Nr. 2/2008) schafft die gesetzlichen Voraussetzungen. Obwohl es vom Regionenministerium präventiv vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten wurde, bin ich zuversichtlich, dass diese Bestimmung umgesetzt werden kann.

Bereits in Kraft und ein großer Erfolg unserer Bildungspolitik sind die nunmehr eingeführten gesetzlichen Bestimmungen zur Errichtung von Fachhochschulen in der Kompetenz des Landes (Landesgesetz Nr. 4 vom 10.06.2008).

Vertrauensbildende Maßnahmen – ein Pakt für Bildung

Ich habe mich für verschiedene vertrauensbildende Maßnahmen eingesetzt, wie zum Beispiel die im Schuljahr 2006/07 durchgeführten Bildungsgespräche oder die bewusst so gewählte Methode der Erarbeitung des Bildungsleitbildes. In meinem Auftrag wurde weiters eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich um ein Zurückdrängen der Bürokratie bemühte. Deren Ergebnisse werden im Schuljahr 2008/2009 schon konkret spürbar sein.

Die Gesellschaft muss die Lehrerinnen und Lehrer gut behandeln, einen Pakt für Bildung mit ihnen schließen. „Es ist das Schicksal des Volkes, welche Lehrer es hervorbringt und wie es seine Lehrer achtet“. (Karl Jaspers)

Natürlich müssen auch die Lehrerinnen und Lehrer und vor allem deren Vertreter ihren Teil dazu beitragen, damit ein neuer Bildungspakt möglich wird. Ein solcher Pakt kann ein Klima schaffen, in dem das Lernen gedeiht und die Lehrerinnen und Lehrer wieder stolz auf ihren Beruf sein können. Für die Sicherung des Bildungserfolges für alle Schülerinnen und Schüler ist die qualifizierte Arbeit des pädagogischen Personals des Kindergartens und der Lehrpersonen zentral.

Rahmenbedingungen für das Arbeiten in Schule und Berufsbildung verbessert

Das Sammelgesetz zur Bildung Nr. 2/2008 enthält zahlreiche Neuerungen im Bereich der Ranglisten und der befristeten Auf-

nahme des Lehrpersonals, der Stärkung der didaktischen Kontinuität, der Gleichstellung bzw. Anerkennung von Privatschulen. Es führt einen Zusatzstellenplan für die Aufnahme in die Stammrolle von Lehrpersonen in Überzahl ein. Mit diesem Gesetz wurden sämtliche Gesetze im Schul- und Bildungsbereich und ebenso der Bildungsförderung (Schulfürsorge) den neuen Erfordernissen angepasst.

Berufsbildung – Lehrlingswesen auf eine neue Basis gestellt

Die Lehrlingsausbildung wurde mit Landesgesetz Nr. 2/2006 neu geordnet. Ziel dieses neuen Gesetzes ist es, einerseits die bestehende Lehrlingsausbildung in Südtirol zu erhalten und weiterzuentwickeln, andererseits den neuen Entwicklungen auf staatlicher und europäischer Ebene Rechnung zu tragen. Die Lehrlingsausbildung wurde für neue Zielgruppen geöffnet (vor allem für Maturantinnen und Maturanten sowie Universitätsstudentinnen und -studenten, Lehre B und Lehre C).

Migranten – Sprachförderung der Schlüssel zur Integration

Große Herausforderungen für die Kindergärten und Schulen birgt die zunehmende Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund in unseren Bildungseinrichtungen. Das Konzept der in sechs Bezirken angesiedelten Sprachzentren und dem am deutschen Pädagogischen Institut angesiedelten Kompetenzzentrum zielt auf eine konkrete Unterstützung von Schule und Familie ab. Sie wird nun im zweiten Jahr der Errichtung konkret zu greifen beginnen.

Schulbauten – Anpassung an die neuen Erfordernisse des Lernens

Wir haben uns intensiv mit Schulbauten und den neuen Schulbau Richtlinien, die jüngst von der Landesregierung verabschiedet wurden, auseinandergesetzt. Neues Lernen stellt nämlich neue Anforderungen an die Lernräume.

Bildungsförderung – Anpassung an die neuen Bedürfnisse von Familie und Schule

Im Rahmen der Schulfürsorge wurde ein ganzes Paket an familienpolitischen Maßnahmen umgesetzt. So haben nunmehr alle Schülerinnen und Schüler – unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit – Zugang zum Schülertransport und zum Mensendienst. Neu für Südtirol ist auch die Sommer- und Nachmittagsbetreuung in der schulfreien Zeit. In 93 Gemeinden wurden über

35.000 Kinder und Jugendliche durch pädagogisch qualifiziertes Personal begleitet: ein entscheidender Beitrag zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ab dem Schuljahr 2008/2009 erhalten sämtliche schulpflichtige Schülerinnen und Schüler, also auch jene der zweiten Klasse der Ober- und Berufsschulen, Leihbücher.

Schließlich wurde der so genannte „Bücherscheck“ im Ausmaß von 150 Euro im Jahr für alle Ober- und Berufsschülerinnen und -schüler außerhalb der Schulpflicht eingeführt. Für Lehrlinge beträgt die Förderung 60 Euro.

Im Rahmen der Ausbildungs- und Berufsberatung wurden die Beratungsdienste in ein Amt zusammengeführt. Zudem ist das Konzept eines Ausbildungs- und Berufsinformationszentrums bereits ausgearbeitet und in der Phase der Umsetzung.

Recht auf Hochschulbildung – neu und umfassend geregelt

Durch das Landesgesetz Nr. 9/2004 wurde das Leistungspaket zur Umsetzung des für unser Land strategisch wichtigen Zieles einer umfassenden Hochschulförderung wesentlich vergrößert. So wurden Studienbeihilfen für postuniversitäre Ausbildungen (Doktorats- und Masterstudien) und Praktika eingeführt. Seit 2006 werden Leistungsstipendien und -prämien im Ausmaß von jeweils 1.000 Euro vergeben sowie die Rückerstattung der Studiengebühren und die Vergütung von Reisespesen gewährleistet. Die Anzahl der Heimplätze in Südtirol wurde auf rund 400 erhöht und damit mehr als verdoppelt.

Förderung von Forschung und Innovation

Bildung und Forschung stehen in engem Zusammenhang und tragen entscheidend zur kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes bei.

Mit dem Landesgesetz Nr. 14/2006 wurde die Grundlage für die Förderung von Forschung und Innovation in Anlehnung an die strategischen Ziele der europäischen Union geschaffen. Der mehrjährige Landesplan für Forschung und Innovation bildet die Basis für die künftige Forschungsförderung und wurde bereits von der Landesregierung beschlossen.

Die neu eingeführten Forschungsstipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Projekte „Jugend forscht“ und „Lange Nacht der Forschung“ leiteten eine breite Sensibilisierungskampagne ein.

Mehr System in die Weiterbildung bringen

Es ist mir gelungen, die Zuständigkeit des Landes für die berufliche Weiterbildung in den jüngst verabschiedeten staatlichen

Bestimmungen zu verankern. Nun geht es darum, insbesondere in die berufliche Weiterbildung mehr System zu bringen, das auch anerkannte Abschlüsse gewährleistet. Die Weiterbildung muss als immer wichtiger werdender Strang im Bildungswesen – bei Beibehaltung aller Flexibilität – einige systematische Grundlagen und Fixpunkte im Sinne der Übernahme von öffentlicher Verantwortung und Zuordnung erhalten. Zu verstärken ist die Weiterbildung im postuniversitären Bereich.

Rahmenrichtlinien für Kindergarten und Schule

Die für die Umsetzung des Reformgesetzes notwendigen, noch ausstehenden Rahmenrichtlinien inhaltlicher und organisatorischer Art sind ehestens zu verabschieden. Die Entwürfe, die im Kindergarten den Bildungsplan und in der Grund- und Mittelschule die Lehrpläne neu regeln, sind erarbeitet. Der Entwurf für den Kindergarten wurde bereits vom Landesschulrat gutgeheißen. Die Rahmenrichtlinien für die Unterstufe müssen aber im Bereich der Unterrichtsorganisation noch diskutiert werden, bevor sie zur Begutachtung an den Landesschulrat übermittelt werden.

Reform der Bildungsverwaltung

Eine von mir geleitete abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe im deutschen Bildungsressort hat sich in dieser Legislatur intensiv mit der Frage der Reorganisation der Bildungsverwaltung auseinandergesetzt und konkrete Vorschläge für eine Reform der gesamten Bildungsverwaltung vorgelegt. Diese wurden dem Landeshauptmann unterbreitet.

Weiterentwicklungen in der neuen Legislatur

In der neuen Legislatur sollte meines Erachtens Folgendes umgesetzt werden:

- Das Recht der Lernenden auf den bestmöglichen individuellen Bildungserfolg und somit eine noch größere Chancengerechtigkeit sollen gewährleistet werden, wozu Individualisierung des Unterrichts, Wahl- und Wahlpflichtfächer beitragen.
- Die Schulreform der derzeitigen Regierung soll auf ihre Anwendbarkeit in Südtirol und auf den Einklang mit den Zielen unseres Bildungssystems hinterfragt werden (siehe Dokument zur Umsetzung des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 137 von 2008).
- Die Autonomie des Kindergartens soll in Abstimmung mit den verschiedenen Partnern eingeleitet werden.
- Es soll eine Evaluationskultur auf allen Ebenen geschaffen und Evaluation als wesentliche Maßnahme zur Qualitätsentwicklung und -sicherung konsequent eingesetzt werden, wobei die Zusammenarbeit von Schule und Berufsbildung weiterzuführen ist.
- Die Berufsmatura ist einzuführen.

- Ein Konzept für die Errichtung einer Fachhochschule ist vorzulegen und umzusetzen.
- Der geplante Bildungsbericht auf der Grundlage aktueller Bildungsdaten und der derzeitigen Bildungsangebote ebenso wie die Studie über den zukünftigen Bildungsbedarf im Zusammenhang mit der anstehenden Oberstufenreform ist baldmöglichst zu erstellen.
- Der sich in Ausarbeitung befindliche Mehrjahresplan der Berufsbildung soll vorangetrieben werden.
- Die Lehrlingsausbildung ist attraktiv zu gestalten und gleichberechtigt mit den anderen Bildungswesen anzuerkennen, wozu das Lehrlingsgesetz die wesentlichen Instrumente liefert.
- Das vorliegende Konzept für das Konservatorium ist konsequent umzusetzen.
- Die Gespräche mit dem Unterrichtsministerium, u. a. zur zukünftigen Lehrerbildung, Oberschulreform, Berufsmatura, europäischer bzw. nationaler Qualifikationsrahmen sind fortzuführen.
- Das Ausbildungs- und Berufsinformationszentrum unter Beibehaltung der peripheren Ausbildungs- und Berufsberatungsdienste ist einzurichten.
- Das Bildungsleitbild ist weiter umzusetzen, wobei das italienische und ladinische Bildungswesen in diese breite Bildungsdiskussion miteinbezogen werden soll (über die Freie Universität Bozen).
- Organisation der Bildungsmesse 2009
- Der Sprachförderung muss weiterhin auf allen Ebenen – beginnend im Kindergarten – hohe Priorität eingeräumt werden, einschließlich der Förderung in der Zweitsprache und in Fremdsprachen sowie der Sprachförderung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.
- Darlehen in der Hochschulförderung sollen eingeführt werden.

Otto Saurer

Landesrat für die deutsche Schule, Berufsbildung und Universität



Was wir unserer Sprache schulden

Zehn Thesen zu Sprachkultur und Sprachverfall

1. Die **Sprachbefähigung** des Menschen ist die wichtigste gesellschafts- und kulturstiftende Errungenschaft der Spezies. Mit der Sprache steht und fällt das Humanum. Bereits daraus ergeben sich die Pflicht zu ihrer Wertschätzung und das Gebot ihrer Pflege.
2. Die Sprache liefert einen **Schlüssel zum Weltverständnis**. Sie strukturiert unsere Wahrnehmung, konstruiert unsere Wirklichkeitskonzepte und steht im Dienst der Entwicklung und Verbreitung sinnstiftender Ideen. Mittels Abstraktion vermag sie uns von emotionalen Zwängen zu befreien. Für die Selbstreflexion ist sie eine unabdingbare Voraussetzung.
3. **Sprachkultur** ist nichts anderes als gepflegtes sprachliches Leben. Ihr Anliegen ist eine möglichst störungsfreie Kommunikation zwischen den Mitgliedern einer Sprachgemeinschaft, die Herstellung und Festigung ihrer kulturellen Identität, die Anpassung der Sprache an wechselnde Erfordernisse des Lebens sowie ein kompetenter und kreativer Umgang mit dem Medium. In einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist Sprachpflege die Pflicht jedes Einzelnen. Sie darf nicht den Funktionären in Kultusministerien oder Sprachakademien vorbehalten bleiben.
4. Es ist jedoch zu unterscheiden zwischen **Sprachpflege und Sprachreglementierung**. Während Reglementierung zum Scheitern verurteilt ist (siehe den Untergang des Funktönärskauderwelschs der DDR-Bonzen), lohnt Sprachpflege unser aller Bemühen (siehe die über tausend Sprach- und Literaturpreise in Deutschland). Zwecks Aufklärung der Gesellschaft und Schärfung des öffentlichen Bewusstseins sind Sprachpolitik und -kritik gesellschaftlich legitim wie auch erzieherisch notwendig. Dogmen und Manipulationen (vergleiche George Orwells „Neusprech“) haben in der Sprachpolitik nichts zu suchen.
5. **Sprachkompetenz und Sprachpflege** bedingen einander. Wenn Sprachkompetenz die Fähigkeit ist, in variierenden gesellschaftlichen und kulturellen Situationen das Medium so zu verwenden, dass es (für Sprecher/Schreiber) ein Maximum an Ausdrucksfähigkeit und (für Adressaten) ein Höchstmaß an Verständlichkeit gewährleistet, so impliziert dies die Pflicht zum sorgsamem Umgang mit der Sprache.
6. **Mangelnde Sprachkompetenz führt zu gesellschaftlichen Nachteilen** für das Individuum, da seine Möglichkeiten zu angemessener Selbstdefinition, notwendiger sozialer Integration und adäquater kultureller Teilhabe eingeschränkt sind. Defizite in der Sprachkompetenz ziehen Defizite in der Sozialkompetenz (zum Beispiel im Berufsleben) unvermeidbar nach sich.
7. Für die **Entwicklung einer Sprache** gibt es im Rahmen gesellschaftlicher Dynamik keine Grenzen. Dennoch sind Normen unverzichtbar, will man sprachliche Anarchie vermeiden. Ein Laissez-faire-System, wie von manchen „deskriptiven“ Linguisten propagiert, ist problematisch, da es (nach Robert Halls Devise „Leave your language alone“) auf sprachkulturelle Einflussnahme verzichtet. Die Spannung zwischen Sprachwandel und Sprachnormen ist lösbar, wenn Normen eine temporäre Gültigkeit behaupten. Absolute, überzeitlich gültige Normen gibt es nicht – weder in der Grammatik noch in der Lexik oder Orthographie.
8. Keine Sprache ist über die Gefahr des Verfalls erhaben. **Sprachverfall** liegt dort vor, wo die Funktionsfähigkeit und Differenziertheit des Systems durch schludrigen, gedankenlosen, flapsigen Umgang mit dem Medium leiden und die Kommunikation gestört ist. Zunehmend sind Phänomene in der Werbe- und Jugendsprache („Denglisch“, „McDeutsch“), Nachlässigkeit in den Druckmedien (Fehlerhäufung) und Niveauverlust in der Alltagssprache (Primitivisierung) als Symptome von Sprachverfall zu beobachten. Sprachsoziologisch droht die Gefahr einer Zweiklassengesellschaft, wenn bestimmte Gruppen erfolgreich auf dem Niveau einer entwickelten Gesellschaft kommunizieren, während andere Gruppen im Niveau sinken.
9. **Mehrsprachigkeit** ist eine Befähigung, die sprachpolitisch gar nicht genug gefordert und pädagogisch nicht genug gefördert werden kann. Mehrsprachigkeit liefert zusätzliche Schlüssel zum Verständnis der Welt und ihrer Bewohner. Allerdings kann sie muttersprachliche Kompetenz nicht ersetzen, da die Muttersprache das erste, „intime“ Verhältnis des Menschen zur Sprache bestimmt. Loyalität gegenüber der Muttersprache schließt Kommunikationsfähigkeit in fremden Sprachen nicht aus.

Herzliche Grüße

Ausstellungsreigen in Meran eröffnet

Am 10. Oktober 2008 wurde in der Fachoberschule für Soziales „Marie Curie“ (FOS) in Meran die Ausstellung „Herzliche Grüße“ von Schulamtsleiter Peter Höllrigl und Inspektor Josef Duregger feierlich eröffnet. Die Grußworte des Goethe-Institutes überbrachte Knuth Noke, der Bereichsleiter Bildungskoope-ration Deutsch. Die Feier wurde vom Chor „Die Singflut“ unter der Leitung von Ingo Unterberger musikalisch umrahmt. Die Sängerinnen und Sänger brillierten mit vertonten Gedichten von Christian Morgenstern. Großen Beifall fand auch die zwischen den „Häusern“ der Ausstellung dargebrachte Sing- und Tanzeinlage der sprach- und tanzbegeisterten Schülerinnen der FOS. Die vielen Gäste zeigten sich beim anschließenden Rundgang durch die Ausstellung angetan von der Vielfalt der dargestellten Themen. Die Ausstellung setzt sich nicht nur informativ, sondern auch unterhaltend und humorvoll mit den verschiedenen Aspekten der deutschen Sprache auseinander und wendet sich an Kindergärten, Schulen und interessierte Erwachsene.



Sing- und Tanzeinlage der Schülerinnen der FOS

Einladung nach Bozen und Bruneck

Am 5. November 2008 wird die Ausstellung „Herzliche Grüße“ im Centro Culturale „Claudio Trevis“ in Bozen eröffnet, wo sie Schulklassen und Kindergartengruppen sowie alle Interessierten bis zum 27. November besuchen können. Ihre letzte Etappe macht die Ausstellung dann in der Fachschule für Land- und Hauswirtschaft in Dietenheim bei Bruneck, wo sie vom 5. bis 20. Dezember 2008 dem interessierten Publikum zugänglich ist. Weitere Informationen über die zahlreichen Rahmenveranstaltungen rund um das Thema Sprache gibt es unter www.schule.suedtirol.it

Marion Karadar und Irene Terzer

Koordinatorinnen der Ausstellung



Irene Terzer, Knuth Noke und Marion Karadar

10. Demgegenüber ist **sprachlicher Nationalismus/Chauvinismus** eine linguistisch fragwürdige und politisch gefährliche Ideologie. Sie läuft auf die wahnhafteste Idee hinaus, die eigene sei die wertvollste oder kultivierteste unter den Sprachen der Welt. Eine solche Ideologie ist irrig, da jede Sprache die Funktionen erfüllt, die die Sprachgemeinschaft ihr abverlangt, und zugleich die Wertschätzung erfährt, welche die Benüt-

zer ihr entgegenbringen. Einen übergeordneten Standpunkt zur Festsetzung von Wert und Rang gibt es nicht.

Hartmut Heuermann

Professor für Amerikanistik an der Technischen Universität Braunschweig, stellte seine Thesen in der Zeitschrift „Deutsche Sprachwelt“ zur Diskussion, Ausgabe 32/Sommer 2008, Herausgeber: Verein für Sprachpflege e.V. Erlangen

Abschied vom Schulsport

Ingo Seyr übergibt an Edi von Grebmer

Nach insgesamt 46 Jahren verlässt Ingo Seyr den aktiven Schuldienst. 33 Jahre davon war er Koordinator für Leibeserziehung und Schulsport am Deutschen Schulamt. In seine Fußstapfen tritt Edi von Grebmer, der bereits seit 2004 als Projektbegleiter zur Förderung von Bewegung und Sport am Schulamt tätig ist.



Genau 45 Jahre, 10 Monate und 19 Tage war Ingo Seyr im aktiven Schuldienst, bevor er am 1. Oktober 2008 in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist. 33 Jahre arbeitete er mit großem Einsatz und Engagement als Koordinator für Leibeserziehung und Schulsport. In dieser Zeit hat er die Entwicklung der Südtiroler Schule in ihren verschiedenen Phasen miterlebt und aktiv daran mitgewirkt.

In der Zusammenarbeit mit seinen Berufskolleginnen und -kollegen zeigte sich Ingo Seyr immer hilfsbereit und einfühlsam. Er nahm sich stets die Zeit für ein aufmunterndes Gespräch und blickte dabei humorvoll über den engen Rand des reinen Verwaltungsbetriebs hinaus. Seine langjährige Erfahrung machte ihn zum Ansprechpartner für schulische Belange jeglicher Art.

In seinem Arbeitsbereich gelang es ihm, zahlreiche Kontakte auf nationaler und internationaler Ebene zum Vorteil des Südtiroler Schulsports aufzubauen. Durch das Projekt „Die ganze Klasse läuft“ förderte er die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern der Grundschule an sportlichen Aktivitäten.

Die Weiterbildung der Sportlehrpersonen war ihm ein besonderes Anliegen, womit er einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Qualität des Sportunterrichts leistete.

Die allgemeine Wertschätzung seiner Arbeit kommt auch durch die Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Tirol im Jahre 2007 zum Ausdruck.

Alle, die seine Kolleginnen und Kollegen sein durften und die Ingo Seyr nicht nur im beruflichen, sondern auch im zwischenmenschlichen Kontakt erlebt haben, danken ihm für die gute Zusammenarbeit und wünschen ihm viel Freude und Wohlergehen.

Der „Neue“ an der Dienststelle für Schulsport

Zum Nachfolger von Koordinator Ingo Seyr ist Edi von Grebmer ernannt worden. Der 1959 in Bozen geborene und in Schenna wohnhafte Sportlehrer hat bereits am 1. September 2004 als Projektbegleiter zur Förderung von Bewegung und Sport seine Tätigkeit am Schulamt begonnen. Mit dem heurigen Schuljahr ist er auch mit der Koordination der Dienststelle für den Schulsport betraut worden. Edi von Grebmer schloss sein Lehramtsstudium Sport in Kombination mit Pädagogik, Psychologie und Philosophie an der Universität Innsbruck 1987 ab. Im Leistungssport hat er als Aktiver und Trainer viele Erfahrungen gesammelt, war im Jugendbereich tätig und hat auch mit Profisportlern erfolgreich gearbeitet. Die Arbeit als Lehrer begann er in Sterzing, unterrichtete dann in Bruneck und ab 1990 an der Fachoberschule für Soziales »Marie Curie« in Meran.

Der Aufgabenbereich des Koordinators umfasst den Sportunterricht, Schulsport und in der Fortbildung die Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut. Der Lehrgang Bewegung und Sport, Qualitätsverbesserung und Curricula in Bewegung und Sport in der Grundschule, die Mitarbeit bei den Landesrichtlinien, die Unterstützung der Pilotschulen und die Schulsportstudie sind dabei Schwerpunkte.

Wir wünschen dem neuen Koordinator viel Freude in seinem Aufgabenbereich und freuen uns auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Peter Höllrigl, Schulamtsleiter

Aus dem Obersten Schulrat

Kritik an Vorgangsweise der Regierung

Die Komitees der Grund-, Mittel- und Oberschule trafen sich vom 29. September bis zum 1. Oktober 2008 zu verschiedenen Sitzungen. Die von der Regierung vorgesehenen Neuerungen sind nämlich Anlass für intensive Beratungen im Obersten Schulrat. Das Ministerium hat angekündigt, zu allen Dekreten Gutachten von diesem einzuholen. Noch sind aber keine offiziellen Unterlagen übermittelt worden, so dass inoffizielle Arbeitspapiere als Diskussionsgrundlage dienen.

Die Meinungen über die Vorhaben der Ministerin gehen verständlicherweise auseinander. Über einige Punkte ist man sich jedoch mehr oder weniger einig: Alle verstehen, dass Einsparungen notwendig sind; die Frage ist nur, wo genau und in welchem Ausmaß. Die Wiedereinführung der Noten wird von vielen als unproblematisch gesehen (nur ganz wenige sind Pädagoginnen und Pädagogen!), ebenso die Bewertung des Betragens. Kritisch gesehen werden die Wiedereinführung des Ein-Lehrerperson-Systems und das Limit von 29 Wochenstunden an der Mittelschule.



studiert hat. Müssen diese Lehrpersonen Weiterbildungskurse besuchen, würde das wahrscheinlich aufgrund des nahenden Pensionsalters von 300.000 Oberschullehrpersonen auf Widerstand stoßen. Kritisch gesehen wird, dass die neuen technischen Oberschulen und Lehranstalten nicht gleichzeitig anlaufen. Die Lehranstalten sollten jedenfalls im Schuljahr 2009/2010 mit einem Übergangsjahr nach dem Modell der Schulversuche 2002 mit zugewiesenen Lehrpersonen für etwas mehr als 32 Stunden starten.

Bei der Diskussion ist nur von wenigen eine negative Haltung gegen das in Südtirol erprobte System aufgekommen, das Biennium der Oberschule an einer Berufsschule zu absolvieren – allerdings unter vorgegebenen Bedingungen. Das war noch vor einigen Jahren undenkbar!

Generell wird die Vorgangsweise bei der Ankündigung und Umsetzung der Neuerungen durch die Regierung kritisiert, da Gesetzesdekrete und vorgeschlagene Abänderungen von Bestimmungen im pädagogischen Bereich in Haushaltsgesetzen weder geeignet scheinen, in der Schulwelt die erforderliche Zustimmung zu erhalten, noch den erforderlichen Spielraum und die Zeit für notwendige Diskussionen und eventuelle Anpassungen lassen. Bemängelt wird auch, dass den ganzen Maßnahmen der kulturelle Bezugsrahmen fehlt. Dementsprechend wird auch mit verstärktem Widerstand zu rechnen sein.

Bereich Oberschulen

In den technischen Oberschulen scheint sich die Ministerin an den Vorarbeiten der Minister Fioroni und Moratti zu orientieren, sowohl in der Stundenreduzierung als auch in den Fachrichtungen (in der bisherigen Aufstellung fehlt noch jene des sozialen Bereichs). Für die Lyzeen gibt es noch keine Unterlagen, ebenso wenig wie für die Kunstschulen. Die Einteilung in zwei Biennien und ein Monoennium hingegen könnte die Kürzung um ein Jahr erleichtern, obwohl das vom Ministerium kategorisch dementiert wird. Kopfzerbrechen bereitet den Spezialisten im Schulrat, dass das Ministerium die Zusammensetzung der Lehrstühle erst nach Bekanntgabe der Stundentafeln mitteilen will. Die Öffnung der Wettbewerbsklassen ist ebenso problematisch, vor allem, wenn diese nicht ausschließlich auf die neu auszubildenden Lehrpersonen beschränkt wird. Es wird eine sehr lange Übergangsphase brauchen. Falls alle Fächer der Naturwissenschaften in einen Bereich zusammengefasst werden, kann es zu einer Minderung der Unterrichtsqualität kommen, sollte etwa ein Biologielehrer Physik unterrichten müssen, was er gar nicht

Franz Josef Oberstaller

Vertreter der deutschen Schule im Obersten Schulrat